



Die Autoindustrie im Südwesten wankt: Fast jeder Zweite fürchtet einen Absturz wie einst in Detroit.

Foto: Rolf Vennenbernd/dpa

Die Einschlüge kommen näher

Umfrage Arbeitsplatzsorgen, Kaufzurückhaltung und Kritik an der Politik: Der neue „BaWü-Check“ zeigt, wie verunsichert das einstige Musterländle ist. *Von Igor Steinle*

Deutschland steckt in einer der tiefsten Wirtschaftskrisen seit Ende des Zweiten Weltkriegs: Energiepreisschock, Dekarbonisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel, Strukturwandel und die veränderten Beziehungen zu China und den USA setzen das exportorientierte Geschäftsmodell der Republik unter Druck. Die Verunsicherung ist auch im Südwesten größer geworden, wie der aktuelle „BaWü-Check“, die repräsentative Umfrage der baden-württembergischen Zeitungsverlage, zeigt. Die Menschen in Baden-Württemberg, nach wie vor ein wirtschaftliches Kraftzentrum Deutschlands, erleben nach Jahren stagnierender Konjunktur die Krise zunehmend konkret im Alltag.



Zwei Drittel achten beim Einkaufen stärker auf den Preis, knapp die Hälfte lebt sparsamer, jeder Dritte hat größere Anschaffungen aufgeschoben.

Ein weiteres Signal für die zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit: 28 Prozent der Baden-Württemberger rechnen mit Wohlstandseinbußen in den kommenden fünf Jahren – deutlich mehr als in einer bundesweiten Vergleichsbefragung im Mai (16 Prozent). Vor allem Ältere blicken skeptisch in die Zukunft: Jeder Dritte über 60 erwartet eine Verschlechterung der materiellen Lage, während in der jungen Generation fast die Hälfte auf Verbesserung hofft.

Sorge um Autoindustrie

Besonders groß ist die Sorge um die Autoindustrie, traditionell das wirtschaftliche Rückgrat des Landes. 57 Prozent zeigen sich stark beunruhigt über deren Zustand. Als Ursachen nennt rund die Hälfte vor allem Konkurrenz aus China, Bürokratie, politische Fehlentscheidungen und hohe Energiepreise. Auch EU-Vorgaben wie das Verbrennerverbot (42 Prozent) und Managementfehler deutscher Hersteller (34 Prozent) stehen in der Kritik.

Die Ängste gehen so weit, dass fast jeder Zweite ein „Detroit-Szenario“ für Stuttgart nicht ausschließt. 45 Prozent halten es für möglich, dass der Stadt ein wirtschaftlicher Niedergang bevorsteht, sollte sich die Lage der Autoindustrie nicht bessern.

Dementsprechend hoch sind die Erwartungen an die Landespolitik: Mehr als zwei Drittel der Baden-Württemberger wünschen sich mehr Engagement der Landesregierung zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Besonders deutlich äußern das Anhänger von FDP und AfD, aber auch über

„Die Hälfte der Bürger lebt sparsamer, größere Anschaffungen wurden verschoben.“

die Hälfte der potenziellen Grünen-Wähler teilt diese Forderung. Wenig überzeugt hat auf diesem Gebiet bisher Wirtschafts-

Die Umfrage der Tageszeitungen

Spüren Sie die Auswirkungen der wirtschaftlichen Lage? Glauben Sie, dass es Ihnen in fünf Jahren besser gehen wird? Beunruhigt Sie die Lage der Autoindustrie? Das und mehr wollten die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer Umfrage wissen. Das Institut für Demoskopie Allensbach führte im November und Dezember 1021 Interviews mit Menschen ab 16. Sie bilden einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung. Die gedruckten Tageszeitungen im Südwesten erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen Leserinnen und Leser auf ihren reichweitenstarken Online-Portalen.

ministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU). Von denjenigen, die sie kennen, beurteilen nur ein gutes Drittel ihre Arbeit positiv, 43 Prozent hingegen negativ.

Problemfall Bildung

Deutlich wird im BaWü-Check auch, dass den Bürgern die Bedeutung eines guten Bildungssystems für die wirtschaftliche Zukunft des Landes bewusst ist. Die Bevölkerung fordert mehr Anstrengungen bei der Integration von Schülern mit Sprachproblemen, eine bessere Berufsorientierung und die Sanierung maroder Schulgebäude.

60 Prozent plädieren für verpflichtende Deutschkurse, 50 Prozent für bauliche Investitionen. Die Kritik am Status quo ist deutlich: 60 Prozent meinen, dass Kinder in Baden-Württemberg schlecht auf das Berufsleben vorbereitet werden.

Trotzdem Optimismus

Doch offensichtlich halten die Menschen im Südwesten die Herausforderungen des Landes nicht für unlösbar. Trotz der angespannten Lage gehen die Menschen mit mehr Zuversicht ins neue Jahr.

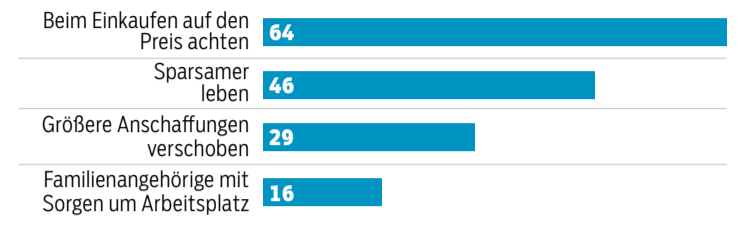
Hatten die Befragten vor zwölf Monaten der Zukunft noch ausgesprochen sorgenvoll entgegengeblickt, hat sich die Stimmung seither verbessert. „Jeder dritte Baden-Württemberger sieht den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen entgegen“, heißt es nun – ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Jahresbeginn. Damals war es nur gut jeder vierte.

BaWü-Check

1 Auswirkungen der wirtschaftlichen Lage auf das eigene Leben

Krise beeinflusst Konsumverhalten

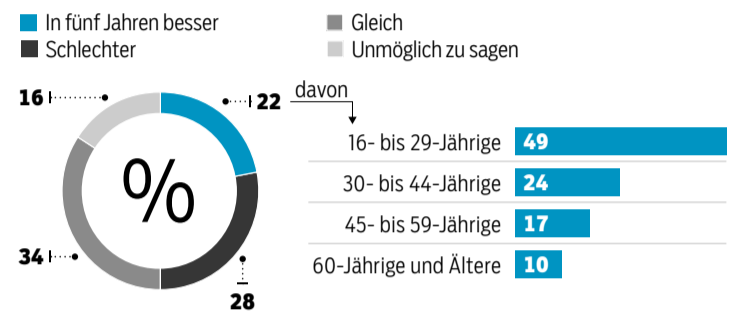
„Wieweit spüren Sie selbst die Auswirkungen der wirtschaftlichen Lage? Welche der folgenden Punkte treffen auf Sie zu?“



2 Wohlstandseinbußen

Ältere Menschen sind pessimistischer

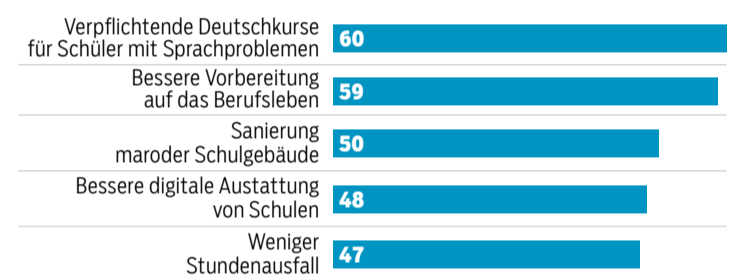
„Glauben Sie, dass es Ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser- oder schlechtergehen wird als heute?“



3 Die bildungspolitische Agenda der Bevölkerung

Besser aufs Berufsleben vorbereiten

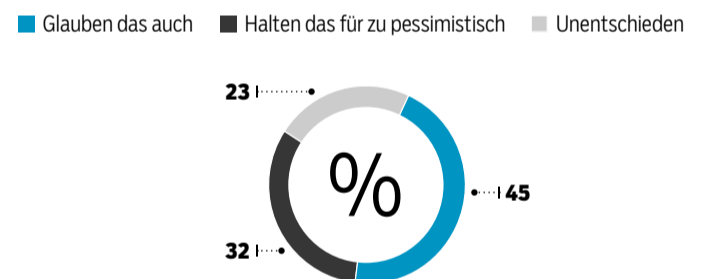
„Was halten Sie in der Bildungspolitik für besonders wichtig? Wofür sollte sich ein Bildungspolitiker vor allem einsetzen?“



4 Stuttgart: Ein neues Detroit?

Sorge vor Niedergang

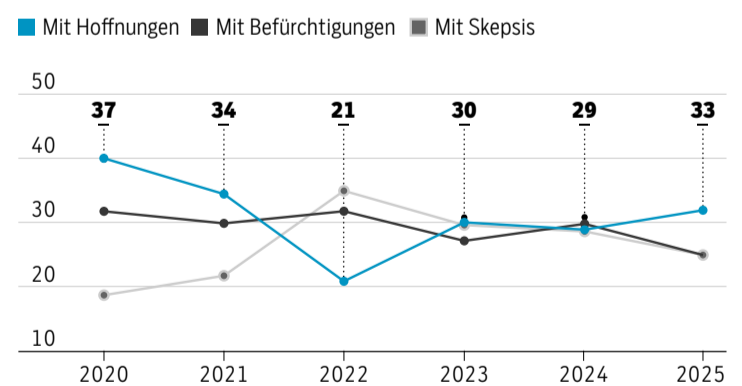
„Die Stadt Stuttgart hat lange von der guten Lage in der Automobilindustrie profitiert. Nun gibt es die Meinung, dass auch der Stadt Stuttgart ein wirtschaftlicher Niedergang droht, wenn die Lage in der Automobilindustrie sich nicht verbessert. Glauben Sie das auch, oder halten Sie das für zu pessimistisch?“



5 Hoffnungsvoller Blick ins neue Jahr

Kleiner Stimmungsaufschwung zum Jahresende

„Sehen Sie in den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“



GRAFIK MESCHKOWSKI / QUELLE: IFD-ALLENBACH

ANGABEN IN PROZENT

LANDESKÖPFE



Johannes Frühbauer wird neuer Direktor der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Der Theologe und Politikwissenschaftler tritt sein Amt im kommenden Januar an, wie die Akademie am Dienstag mitteilte. Er folgt auf Verena Wodtke-Werner, die Anfang des Jahres in den Ruhestand getreten ist. Der 1967 in München geborene Theologe war zuletzt Professor an der Katholischen Stiftungsuniversität in München. Zuvor arbeitete er unter anderem für die von Hans Küng gegründete Stiftung Weltethos und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Augsburg. *epd*

Staufermedaille in Gold für Angela Merkel

Stuttgart. Die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist von Winfried Kretschmann (Grüne) für ihren Einsatz während der Corona-Pandemie ausgezeichnet worden. Die 71-Jährige erhielt in Stuttgart die Staufermedaille in Gold – eine Auszeichnung des Ministerpräsidenten für Verdienste um das Land Baden-Württemberg und seine Bevölkerung. Er würdigte Merkel für ihre „entschlossene, umsichtige und klare“ Führung als Bundeskanzlerin in der Krise. Merkel sagte, sie hätte nicht gedacht, dass sie, aus der DDR kommend, mal bürgerliche Freiheiten zeitweilig außer Kraft setzen müsse. *dpa*



Stuttgart: Ministerpräsident Kretschmann ehrt Altkanzlerin Merkel. *dpa*

Drogen Polizist freigesprochen

Mannheim. Obwohl er einem Verdächtigen Marihuana untergeschoben hat, ist ein Polizist vor dem Amtsgericht Mannheim freigesprochen worden. Das Gericht schloss sich im Wesentlichen der Version der Staatsanwaltschaft an, wonach der Beamte die weitere strafrechtliche Verfolgung des Mannes erwirken wollte. Die Anklage lautete aber auf Verfolgung Unschuldiger – und dem Gericht nach war der mehrfach vorbestrafte Mann nicht eindeutig unschuldig. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. *dpa*

Verkehrskontrolle Attacke auf Beamten

Ravensburg. Weil er in Ravensburg mit einem gestohlenen Auto versucht haben soll, bei einer Verkehrskontrolle am Sonntagabend einen Polizisten zu überfahren und so zu entkommen, ist ein Mann in Untersuchungshaft gekommen. Der 46 Jahre alte Verdächtige sei erheblich vorbestraft und dem Haftrichter vorgeführt worden, berichteten Polizei und Staatsanwaltschaft. Sie ermitteln wegen versuchten Totschlags. Erst im Mai war der Verdächtige aus einem Gefängnis entlassen worden. *dpa*